

Klein aber wirksam
sind die „Massifizierten Anzeigen der Täglichen Omaha Tribune. — Lesen Sie sie um des Gewinnes willen!

Tägliche Omaha Tribune

Wetterbericht.
Für Omaha und Umgebung: Teilweise bewölkt und anhaltend kühl heute abend und Sonntag.
Für Nebraska: Teilweise bewölkt heute abend und Sonntag.
Für Iowa: Teilweise bewölkt und anhaltend kühl heute abend und Sonntag.

34. Jahrgang.

Omaha, Neb., Samstag, den 8. September 1917.

-8 Seiten. — No. 154.

Kaiser muß gehen, sonst kein Friede!

Diese Kunde kommt heute halboffiziell aus der Bundeshauptstadt, wird jedoch angeblich von höchster Autorität verbürgt.

Selbstbestimmungsrecht für unterjochte Völker!

Washington, 8. Sept. — (Von Robert F. Brender, Korrespondent der United Press. Copyright 1917.) — Unbeschränktes Wahlrecht für ganz Deutschland, Ablegung der Hohenzollern Dynastie, das Recht der Bevölkerung streitigen Gebiets ihre Zukunft selbst zu bestimmen und Wiederherstellung und Entschädigung für jene Länder, die während des Krieges unterdrückt wurden, bedeuten den Frieden. Nichts anderes kann den Krieg beenden.

Um den Willen, der durch die kürzliche Erklärung des Staatsdepartaments, die offenbar im Gegenstand zu der Antwort des Präsidenten Wilson an den Vatikan steht, zu lösen, hat die United Press heute eine halboffizielle Erklärung über die Stellung der Bundesregierung erlangt, eine Erklärung, die von höchster Autorität als richtig wiedergegeben wird.

Die Alliierten können sich mit den Hohenzollern auf keine Friedensverhandlungen einlassen — das ist die Meinung der Regierungsbeamten. Das deutsche Volk sollte sich beeilen, das Hohenzollern Dynastie und die militärische Regierung zu stürzen, soll der Krieg nicht bis ins Unendliche fortgesetzt werden.

„Kauf“-Reform, wie z. B. den Reichskriegsminister dem Willen des Reichstags gefügig zu machen, genügt nicht. Die Alliierten haben voll und ganz erkannt, daß die deutschen Gewaltthäter dem Volke gegenüber für alles verantwortlich sein müssen.

Die Annahme von Deutschlands inneren Reformen wird nicht von der Entscheidung der Ver. Staaten, oder England, oder Frankreich abhängen, sondern dieselben müssen so beschaffen sein, daß auch die übrigen Völker der Welt sich mit den

selben einverstanden erklären und sie annehmen.

Gerade dieser Punkt ist der wichtigste in der Antwort des Präsidenten auf die päpstliche Note. Er bedeutet tatsächlich, daß die Entente mächtig und der Rest der übrigen Welt als Richter über die in Deutschland eingeführten Reformen sitzen sollen. Die Ver. Staaten werden sich in dieser Hinsicht vor allen Dingen von solchen Nationen leiten lassen, die mit Deutschland die meiste Erfahrung gemacht haben — Frankreich z. B. Frankreich glaubt, es würde Tollheit sein, sich auf Friedensverhandlungen mit dem deutschen Kaiser einzulassen. Derselben Meinung sind auch die Ver. Staaten.

Wenn Präz. Wilson sagt: Friede beruht auf Rechten der Völker — groß und klein — nicht auf Regierung, so meinte er es im wahren Sinne des Wortes, und dieser Punkt gilt auch von seinen Äußerungen über die allgemeine Abrüstung.

Es wird gesagt, daß Elsaß-Lothringen, Bosnien und die Herzegovina, sogar Schleswig-Holstein, welches letzteres Dänemark im Jahre 1908 annektiert, Elsaß-Lothringen nach dem Kriege 1870-71. Die Regierung ist der Ansicht, daß diesen Ländern das Recht gegeben werden soll, zu erklären, ob sie unter der Militärverwaltung der deutschen Mächte bleiben wollen oder in den Schoß ihrer Mutterländer, Frankreich, Dänemark und Serbien zurückkehren wollen, oder Selbstregierung vorziehen.

Es heißt, daß Bosnien und die Herzegovina neuen zu bildenden Staat betreten wollen — dem slawischen Südbalkan, dessen Kern Serbien und Montenegro sind. Dalmatien, Fiume, Istrien, Triest und Görz, auf welche Gebiete es Italien abgesehen hat, möchten ebenfalls diesem südbalkanischen Staat einverleibt zu werden — und in hiesigen Regierungskreisen glaubt man, daß diese Vorkämpfer das Recht der Selbstbestimmung haben sollen.

Polen muß natürlich selbständig und Belgien wieder hergestellt werden und die Neutralisierung der Nordsee ist außer Frage.

Der Präsident hat die Tür zum Frieden offen gelassen, dieselbe aber ist sehr beschränkt, und die deutschen Verbündeten dürfen nicht mit Waffen im Gewande durch dieselbe durch.

Rigas Fall mag Krise für Kerensky bringen!

Man, wenn er Lage nicht beherrschen kann, Frieden schließen oder gehen, sagen Diplomaten.

Washington, 8. Sept. — Die schwerste Prüfung des Kerensky'schen Regimes wird nunmehr auf den Fall von Rigas folgen. Die diplomatischen Kreise der Bundeshauptstadt sind sich alle darüber einig, daß die Erfolge der deutschen Truppen an der Rigas-Front eine politische Krise in Rußland herbeiführen müssen.

Kerensky wird schwere Aufgabe zuteil.

„Kerensky steht sich jetzt einem unmittelbaren Verlangen nach einer Lösung der inneren politischen Schwierigkeiten gegenüber.“, meinte heute der diplomatische Vertreter eines nordwestrussischen Landes, „Seine Aufgabe bedeutet nichts Beringereres, als selbst seine eigenen Landesgenossen in dem Kate der Arbeiter- und Soldaten-Deputierten zu verlegen und die strenge Disziplin in den Heere zusammen mit der Ausrückung der Landesstrafe und der Abschaffung der Soldaten-Ausschüsse als Mittel zwischen den Offizieren und den Mannschaften einzuführen.“

„Wenn er diese Dinge nicht durchführen kann, muß er entweder schleunigst einen Separatfrieden mit Rußlands Feinden abschließen oder einem stärkeren Manne Platz machen.“

Administration noch optimistisch geneigt.

Vertreter der Administration waren nicht geneigt zuzugeben, daß die Nachrichten, die Rußland bei Rigas erfüllt, die Schlussprüfung der Kerensky'schen Regierung erzwingen würden.

„Es ist praktisch unmöglich,“ sagte ein Mitglied des Kabinetts, „zu sagen, ob die Wirkung der Klärung Rigas auf die russische Situation im allgemeinen eine gute oder schlechte sein wird. Die Russen haben ja noch verschiedene andere Verteidigungslinien. Es wird erst notwendig sein, die weiteren Entwicklung abzuwarten, um zu sehen, was eigentlich das Resultat sein wird.“

Die russische Niederlage brachte auch in den diplomatischen Kreisen das Gefühl auf die unbedingte Notwendigkeit einer vereinten kräftigen Offensive gegen Oesterreich-Italien. Ein Diplomat der Entente erklärte heute, daß die russische Situation es nunmehr zur zwingenden und gebieterischen Notwendigkeit mache, daß die Alliierten-Streitkräfte zu einer entscheidenden Aktion in möglichst kurzer Zeit vorzugehen. Er verhielt sich dabei, daß, während die Alliierten es nicht gelacht haben, die Vereinigten Staaten zu zwingen, Krieg gegen Oesterreich zu erklären, eine solche Aktion jetzt sich als notwendig erweisen würde. Hierdurch würden die Vereinigten Staaten, sagte er, ihren militärischen Einfluß dort fühlbar und geltend machen, wo er am besten ausgenutzt werden könnte.

Das Verhältnis Amerikas zu seinen Alliierten.

Dieser selbst Diplomat erklärte u. a. auch folgendes: „Die Vereinigten Staaten tun heute alles, was sie nur tun können, um ihre Alliierten zu unterstützen, und der Bestand, den Amerika ihnen gibt, wird auch durchs über all anerkannt. Die Meinungsverschiedenheiten unter den Entente-mächten beziehen sich nicht auf Amerika, sondern auf die anderen Alliierten selbst, welche sich nicht über eine einigartige, fortwährende Kriegspolitik einig haben.“

„Die wichtigste Hauptfrage ist, ob es rationell erscheint, Deutschland zu bestreiten, eine freie Hand im Osten zu haben, wenn ein Weg vorhanden ist, durch eine wirkliche und konzentrierte Bemühung auf Seiten der Westfront durchzubrechen.“

Setzt Hoffnung auf Erfolg auf der italienischen Front.

„Die Politik der französischen und britischen Kriegsmächte und Seeresleitungen ist, Deutschland auf französischen und belgischen Boden zu bekämpfen. Mandmal hört man auch etwas über eine aussichtsreiche Aktion, welche im Balkan entwickelt werden könnte, aber niemals hört man irgend etwas über die eine Front, wo die feindlichen Linien aufgerollt werden können und der Krieg zu einem erfolgreichen Abschluß führen würde.“

„(Fortsetzung auf Seite 8.)“

Uneinigkeit im Verteidigungsrat!

Vizegouverneur Howard nennt Herbert E. Googh einen professionellen Patriot; fordert dessen Absetzung.

Columbus, Neb., 8. Sept. — Vizegouverneur Edgar Howard hat in der gestrigen Ausgabe seines Blattes „Columbus Telegram“ an den staatlichen Verteidigungsrat einen öffentlichen Aufruf erlassen, in welchem diese Behörde aufgefordert wird, ihr Mitglied Herbert E. Googh zum Austritt zu veranlassen. Unter der Überschrift: „Ein schwarzes Schaf“ zieht Howard ebensoweniglos über Googh her, den er einen professionellen Patriot nennt. Er erklärt, daß der Verteidigungsrat durchweg aus anständigen Leuten besteht, daß sich jedoch ein schwarzes Schaf in demselben befindet, nämlich Herbert E. Googh, Vizegouverneur von Nebraska. Dieser Vizegouverneur hat kürzlich zu einer Geldstrafe von \$50 verurteilt worden, weil er das Volk betrogen, indem die von seinen Vätern verkauften Patente nicht das volle Gewicht enthielten. Der staatliche Verteidigungsrat müsse sich eines solchen Mitgliedes schämen. Ebenso wie einen Mann, dessen Geschäftsmethoden verbrecherisch befunden wurden, zum Mitglied des Verteidigungsrates zu nehmen, könne man einen Wolf zum Beschützer eines Schafes anstellen. Im Namen wahren und patriotischen Interesses Nebraskas, oder Anhänger der Anständigkeitsforderung zum Schluss, das „Telegram“ den Verteidigungsrat auf, die sofortige Resignation Googhs zu verlangen.

Googh erklärt Howard für verrückt.

Lincoln, Neb., 8. Sept. — Herbert E. Googh, Präsident der Googh Milling Co. und Präsident der Star Publishing Company, erklärt, daß der obige Angriff Howard's einen Angriff des Unwissenden füngels der demokratischen Partei darstelle und die Antwort auf einen kürzlichen Angriff auf Bundesvertritte vom Ullmann, einen Schwager Verons, im „Star“ sei, in dem Allen's Resignation verlangt wurde.

Googh lachte, als er von der Verhöhnung Howard's hörte. „Der Mann ist verrückt,“ rief er aus. „Man führte er aus, daß zur Zeit, als das neue Gerichtsgebiet in Kraft trat, welches das Vollgewicht statt des Bruttogewichtes vorschrieb, im Anfang von seiner wie von anderen Mühlen des Staates die 48 Pounds Säcke noch Bruttogewicht hatten, daß die Säcke 4 Lagen wiegen, und daß sie wegen dieser 4 Lagen Windergewicht in Auflegezustand gesetzt und zu \$50 Strafe verurteilt worden waren. Dies geschah im Jahre 1911.“

Googh erklärte, daß er gar nicht daran denke, seine Resignation einzuziehen, da jeder wisse, daß Googh das Bruttogewicht Veron's sei und als Politiker im Staate abgewirtschaftet habe.

Einkommensteuer-Vorlage angenommen!

Der Senat nimmt dieselbe in der ursprünglichen Fassung des Finanzkomitees an.

Washington, 8. Sept. — Der Senat nahm gestern abend die neue Einkommensteuervorlage an, welche den zweitgrößten und wichtigsten Teil der Kriegsrevenue Vorlage in Höhe von \$2,500,000,000 bildet. Die Vorlage enthält die von dem Finanzkomitee ausgearbeiteten Bestimmungen in unänderlicher Form und dient, aus der Einkommensteuer \$842,000,000 mehr als bisher herauszuholen.

Der Annahme gingen heftige Debatten voraus, bei denen verschiedene Anträge die Steuern auf die höheren Einkommen noch zu vermehren abgelehnt wurden. Die neue Vorlage bestimmt eine weitere Steuer von zwei Prozent auf die Normalsteuer und eine Heruntersetzung des steuerfreien Einkommens auf \$1000 bei unterhalteten und \$2000 bei verheirateten Leuten. Die Korporationssteuer von zwei Prozent wird verdreifacht. Auf Einkommen von \$5000 an werden Ertragssteuern gelegt, die von einem Prozent bis zu fünfzig Prozent bei Einkommen von über eine Million Dollars steigen.

Welche Leute sind überall daheim. Sogar in den Hallen unserer nationalen Gesetzgebung. Wie man es wieder erfahren hat.

Zentrum begünstigt Präz. Wilsons Note!

Bedenkt aber, daß der Präsident die deutschen Verhältnisse ganz und gar nicht kennt.

Berlin, 8. Sept., über London. — Die Zentrumsparlei hat zu der Antwort des Präsidenten Wilson an den Vatikan Stellung genommen und eine Erklärung abgegeben, in welcher darauf verwiesen wird, daß die Art und Weise der Abfassung der Note allerdings herabsetzend ist, dies aber im Lichte jenes Prinzips betrachtet werden müsse, das sich der Präsident zum Ziele gesetzt hat. Bei Besprechung des Unterzeichners der in der Note des Präsidenten dargelegten Kriegsziele und der von der Entente angegriffenen, wird darauf verwiesen, daß Wilson's Antwort annehmbar sein sollte.

Betreffs der Forderung des Präsidenten, daß das deutsche Volk für die Handlungen seiner Regierung bürgschaft stellen soll, heißt es in dieser Erklärung: „Das Herr Wilson über die Demokratisierung des Deutschen Kaiserreichs zu sagen hat, beweist nur die hilflose Unwissenheit dieses gelehrten Präsidenten der Ver. Staaten. Er scheint sich nicht die geringste Ahnung über die deutschen Zustände zu haben, denn sonst hätte er es in einer so wichtigen Volkssache unterlassen, einen Vergleich zwischen dem Regierungsverfahren, wie sie in Deutschland herrschen und denjenigen Washington's zu ziehen.“

Dem wo findet man ein mehr demokratisches Regierungssystem, in Washington oder in Berlin? Wenn heute in Wahrheit an der Spitze irgend einer der freigelegenden Mächte ein wirklicher Autokrat steht, dann mag man ihn in den Ver. Staaten finden. Allerdings anders hat ein Regierungsoberhaupt verhalten, das Recht und die Wünsche des Volkes, an der Regierung teilzunehmen, zu unterdrücken.“

Lange vor jener Zeit, als Präsident Wilson sich selbst das Recht nahm, in Deutschland demokratische Regierungsformen zu fordern, hatte unsere Regierung Maßnahmen in Preußen ergriffen, und wir haben das Bestehen des Königs, daß das allgemeine, direkte, gleiche und geheime Ballot, das weitestgehende Wahlrecht der Welt, in Preußen eingerichtet werden wird. Wir haben auch das endgültige Versprechen des Reichspräsidenten, daß er beabsichtigt, seinen engeren Anschließ zwischend der Regierung und dem Reichstag herbeizuführen. Ja, er hat sein Versprechen schon jetzt bis zu einem gewissen Grade eingelöst.

Die Ereignisse, die zu dem Bruch zwischen Amerika und Deutschland führten und die Kriegserklärung der Ver. Staaten im Gefolge hatten, sind noch nicht genügend aufgeklärt, um darüber ein endgültiges Urteil zu fällen. Inzwischen, dieselbe, unsere Sache ist es, Mittel und Wege zu finden, um eine Verständigung mit dem Präsidenten Wilson herbeizuführen. Die Meinung der deutschen Presse, daß sich ein Mensch nicht auf Friedensverhandlungen einlassen, da dieses völlig außer Frage sei, finden wir als höchst richtig, besonders angesichts der Tatsache, daß Wilson noch mehrere Jahre lang als Präsident der Ver. Staaten fungieren wird. Die meisten von uns wollen den Krieg unter keinen Umständen bis zum Jahre 1918 ausdehnen.“

Brasilien läßt sich auf nichts ein!

Vierzig Alliierten werden Truppen, noch beschlagene deutsche Dampfer.

Mio Janeiro, 8. Sept. — Die von den Zeitungen verbreitete Meldung, daß brasilianische Truppen nach Europa geschickt werden sollen, ist von Kriegsminister entschieden demontiert worden. Gleichzeitig wurde vom Marineminister die Erklärung abgegeben, daß Brasilien die beschlagene deutschen Schiffe der Entente nicht überlassen werde.

Austriatische Arbeiter für Philippinen.

Ankunft auf fünf Jahre, Züchtigkeit auf Macdon beschränkt.

Manila, 8. Sept. — Der landwirtschaftliche Kongress hat einen Beschluß angenommen, in welchem die Regierung aufgefordert wird, ein Gesetz anzunehmen, welches die Einwanderung von Philippinen auf fünf Jahre beschränkt und die Tätigkeit auf landwirtschaftliche Arbeiten beschränkt werden.

Kaiser Wilhelm in Riga eingetroffen!

Ernennt General v. Allen zum Gouverneur der Stadt; drei britische Divisionen greifen an, werden jedoch zurückgeschlagen.

Schreckliche Kämpfe am Monte San Gabriele!

Amsterdam, 8. Sept. — Aus Berlin hier eingetroffene Depeschen besagen, daß der Kaiser sich nach Riga begeben habe und von den Truppen begeistert empfangen wurde. Er hielt eine Truppenschau ab, dankte den Soldaten für ihre an den Tag gelegte Tapferkeit und verlieh zahlreiche Auszeichnungen. Gleichzeitig machte er bekannt, daß er General v. Allen zum Gouverneur von Riga ernannt habe.

Die Zeitung „Politiken“ will aus glaubwürdiger Berliner Quelle erfahren haben, daß die Deutschen noch in diesem Jahre schwerlich ihre Offensiv in der Richtung auf Petrograd fortsetzen werden.

Deutsche Kavallerie hat der russischen Kavallerie bei Zegewald, 40 Meilen östlich von Riga, ein siegreiches Gefecht geliefert, doch wird die Verfolgung der Feinde nicht mehr mit so großem Nachdruck fortgesetzt, wie anfangs. In der Umgebung von Friedrichshafen, 50 Meilen südlich von Riga, befinden sich die Russen auf dem Rückzug; sie haben auf ihrer Flucht alle Dörfer und Gehöfte angezündet.

Offizieller deutscher Bericht.

Berlin, 8. Sept. — Das Kriegsamt meldete gestern Abend: Drei Divisionen englischer Truppen griffen an einer Front von 2 1/2 Meilen nördlich der Kowlers-Pyrenäen Bahn an, wurden jedoch unter schweren Verlusten ihrerseits zurückgedrückt.

An der französischen Front lieferten die britischen Truppen südlich von Beaumont dem Feinde ein siegreiches Gefecht und durchbrachen die französischen Linien.

Ron der russischen Front wurde gemeldet: Der russische Rückzug nordwärts der Duna hält an. Bei Dinamünde eroberten wir 40 Geiseln, darunter 21 schwere Kanonen, sowie eine Menge anderes Kriegsmaterial.

Britische Meldungen.

London, 8. Sept. — General Haig meldete heute, daß sich in berganer Nacht an seiner Front nur Schmutz ereignet haben. In der Nachbarschaft von Crabbell, heißt es in seinem Bericht, unternahm wir gegen die feindliche Linie einen Streifzug. Nordwestlich von St. Julien kam es zwischen unseren und feindlichen Patrouillen zu Zusammenstoßen, die für die Deutschen verlustreich verliefen. In dem Abschnitt von Langenard entwickelten sich heftige Artilleriekämpfe.

Aus dem kanadischen Hauptquartier: Unterm gestrigen Datum wird gemeldet, daß kanadische Truppen in dem Green Crafter Abschnitt nahe dem Aras Gehölg zum Angriff übergingen, aber auf hartnäckigen Widerstand stießen. Der Feind ging dann zu früher Morgenstunden an der ganzen Front westlich von Lens zum Gegenangriff über. Nach mehrfachen Vorstößen gelang es ihm, uns aus mehreren Stellen zu vertreiben und die Befestigungswerke zu zerstören. Bei Green Crafter aber hielten wir Stand, und unsere neue Front bedroht die feindliche Stellung an Soudes Fluß.

Von der italienischen Front.

Rom, 8. Sept. — Es wird offiziell gemeldet, daß seit Beginn der ersten Tosso Offensive 30.671 Oesterreicher, darunter 858 Offiziere, gefangen genommen wurden.

London, 8. Sept. — Seit dem 9. August, dem Beginn der jüngsten italienischen Offensive, haben die Oesterreicher 120.000 Mann an Toten, Verwundeten und Gefangenen verloren. Diese Zahlen ergeben sich aus halboffiziellen hier eingetroffenen Depeschen. So groß sind die Verluste der Oesterreicher, daß man in Berlin um Vorkehrungen erucht hat. Bei Monte Gabriele und südlich von Hermonda wogt der Kampf umher und her; der Brennpunkt des Kampfes aber bildet Monte Gabriele, der von den Oesterreichern hartnäckig verteidigt wird. Die ungeheure große Tapferkeit und Willenshaftigkeit der Truppen der Doppelmonarchie ist daraus zur Genüge ersichtlich. Die Oesterreicher sind bereit, den Kampf bis zum letzten Mann zu führen, die Italiener sind bereit, bis zum letzten Mann zu kämpfen.

Ludendorff bei einem Bahnhofsfall verlegt!

Kopenhagen, 8. Sept. — Es wird halboffiziell gemeldet, daß Generalquartiermeister Ludendorff die rechte Hand Hindenburgs, am 19. August bei einem in der Nähe von Brüssel stattgefundenen Bahnhofsfall verlegt wurde. Infolge einer Wadenverletzung sollte Ludendorff in einem Spezialzug mit dem Spezialzug des Generals und warf den Wagen, in welchem sich Ludendorff befand, um.

U-Boot-Erfolge im Monat August!

Leut Kapitän von Kühlweber haben die Landboote im August 750,000 Tonnen versenkt.

Kopenhagen, 8. Sept. — Kapitän von Kühlweber, der Marine-Sachverständige des Berliner Lokalanzeigers, hat ausgedrückt, daß im Monat August 750,000 Tonnen Schiffsraum von den Unterbootsbooten versenkt wurden.

Kühlweber gibt an, daß nach amtlichen Zahlen der für Englands Verfolgung zur Verfügung stehende Schiffsraum am 1. Juli auf sieben Millionen zusammengekrümpt war. Hierin sind die in der Zwischenzeit in England und im Ausland für englische Schiffsfahrtszwecke gebaute Schiffe miteingerechnet. Die amtliche Bekanntgabe, daß über sechs Millionen Tonnen Schiffsraum versenkt wurden, zeigt, daß England nur noch 6,500,000 Tonnen Schiffsraum zur Verfügung stehen. Nach Angabe der Admiralität muß England mindestens sechs bis sieben Millionen Tonnen Schiffsraum haben, um seine notwendigen Bedürfnisse zu decken.

„Daher,“ so sagt Kapitän von Kühlweber, „ist jetzt der kritische Augenblick für England gekommen. Die eingehende Ernte gibt ihm noch eine Onadenfrist von drei Monaten; wenn es gut geht, halten sie es auch noch bis zum Ende des Jahres aus.“

China lehnt Wunsch der Entente ab!

Wilt mit den beschlagene deutschen Dampfern nicht herausgeben.

Peking, 8. Sept. — Das Angebot der Entente-Regierungen, die von der chinesischen Regierung beim Wbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland beschlagene deutschen Schiffe zu kaufen oder zu chartern, ist von der chinesischen Regierung abgelehnt worden. Die fraglichen Schiffe werden vielmehr einem chinesischen Syndikat überlassen, um so die eigene Handelsflotte zu erhöhen.

Kartoffel-Kontrolle in Frankreich!

Paris, 8. Sept. — Der Lebensmittelmittler macht bekannt, daß er von 15. September an die Kontrolle über die Preise aller in Frankreich gewachsenen Kartoffeln und Bohnen übernehmen und für jedes Gebiet, welches diese Produkte zieht, die Preise bestimmen wird, die für sie verlangt werden dürfen. Alle Verkaufspreise werden von ihm auf Grund der Empfehlungen von Departementsausschüssen, bestehend aus den Präziden und Direktoren des landwirtschaftlichen Dienstes in jedem Departement, drei Säubern und drei Vertretern von landwirtschaftlichen Organisationen, bestimmt werden. Die Preise werden alle zwei Monate revidiert und der Verkauf dieser Produkte aus dem Departement ihrer Erzeugung in ein anderes wird nur mit besonderer Erlaubnis gestattet werden. Zuwiderhandlungen werden mit schweren Strafen und Konfiszierung der vorwärts-widrig verhandelten Waren bestraft.

Das amtliche „Journal“ veröffentlicht eine Verfügung unter dem bürgerlichen Requisitionsengesetz, wonach jeder Produzent und Inhaber irgend welcher Art von öligen Samen, Früchten, Gemüse, animalischen Fetten, Ölen, Glycerin-Stoffen, Seifen und Kerzen in Mengen von 2000 Pfund bis 15. September eine genaue Angabe seiner Vorräte ermitteln muß.

„(Fortsetzung auf Seite 8.)“